

DIE FAMILIENUNTERNEHMER - ASU | Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin

Herrn  
Lothar Binding, MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

EINGANG

26. JUNI 2013

Die Kuh vom Eis!  
Berlin, 24. Juni 2013

Sehr geehrter Herr Binding,

über Gebühr belastet das Thema Vermögensbesteuerung das Verhältnis zwischen Ihrer Partei und unserem Verband. Ich möchte Ihnen gleich vorschlagen, wie wir vielleicht wieder zu einem vertrauensvolleren Umgang miteinander zurückfinden können. Zunächst sollten wir offen aussprechen, woraus Sorge und Misstrauen bei den Familienunternehmern entstanden sind.

Wir kennen die Beschlusslage der SPD, 1. die Vermögenssteuer wieder aufleben lassen zu wollen, dabei aber 2. bei den Unternehmen keinen Schaden anrichten zu wollen. Uns ist bekannt, dass der Vorab-Entwurf einer SPD-Länderarbeitsgruppe nicht in einen Antrag für das SPD-Regierungsprogramm 2013 einmündete. Hier fängt das Problem an:

Es ist sehr schwierig, eine Vermögenssteuer zu entwickeln, die das Betriebsvermögen nicht mitbetrifft, und sei es nur mittelbar. Andere Staaten haben es nicht geschafft und deshalb ganz auf eine solche Steuer verzichtet, Schweden zum Beispiel, unter einer sozialdemokratischen Regierung. Da das Konzept der SPD-Länderarbeitsgruppe das bisher einzig konkrete ist – und wir uns nicht vorstellen können, dass die SPD-Landesverbände keinen Einfluss auf spätere Gesetzesvorlagen nehmen – rechnen wir an diesem Szenario durch, was auf die Familienunternehmen zukommen könnte. In Ihrer Bundestagsfraktion bezeichnet man diese Belastungen selbst als „Horrorzahlen“. Solange aber kein konkreter neuer Entwurf auf den Tisch gelegt wird, bleibt bei uns die Sorge, dass die SPD-geführten Länder dieses Konzept nach der Wahl doch wieder ins Gespräch bringen. Immerhin sind die Länder die Nutznießer dieser Steuerart.

Lutz Goebel  
Präsident  
Charlottenstraße 24  
10117 Berlin

Tel. 030 300 65-310  
Fax 030 300 65-303

goebel@  
familienunternehmer.eu

Mitglieder des Bundespräsidiums  
Präsident:  
Lutz Goebel  
Vizepräsidenten:  
Karoline Beck  
Stefan Bellinger  
Karl Erivan W. Haub  
Johannes Freiherr von Salmuth  
Axel Witte

Dr. Patrick Adenauer  
Dr. Simone Bagel-Trah  
Hubertus von Baumbach  
Axel Bree  
Heinrich Otto Deichmann  
Dr. Nicola Leibinger-Kammüller  
Dr. Peter von Möller  
Prof. Hans Georg Näder  
Dr. h. c. August Oetker  
Marie-Christine Ostermann  
Ralf Saatkamp  
Alexander Schwörer  
Bernhard Simon  
Dr. Karl Tack  
Udo J. Vetter  
Lencke Wischhusen  
Dr. Reinhard Zinkann

Seite 2  
zum Schreiben vom  
24. Juni 2013

Hier macht uns die SPD-geführte Landesregierung von NRW geradezu Bauchschmerzen: Das NRW-Landesverfassungsgericht urteilte, Frau Kraft und Herr Borjans seien weder willens noch in der Lage, einen soliden Landeshaushalt aufzustellen. Bei dieser Ausgangslage wird die NRW-SPD kaum auf eine Besteuerung auch des Betriebsvermögens verzichten.

Am 11. Juli 2011, also vor fast genau zwei Jahren, versicherte uns die Partei- und Fraktionsspitze der SPD bei einem Arbeitsgespräch mit Vertretern unseres Präsidiums, die Pläne der Vermögensteuer würden die Unternehmen nicht treffen. Man werde das Problem lösen. Die Finanzexperten Ihrer Partei versuchen seither, eine Lösung zu finden. Inzwischen soll abgewartet werden, was im Herbst das Bundesverfassungsgericht zur Sonderbehandlung des Betriebsvermögens bei der Erbschaftsteuer entscheidet. Dabei sind die Alternativen klar: Entweder, das Betriebsvermögen darf anders behandelt werden, oder eben nicht. Für beide Fälle sollte die SPD aber eine klare Regelung schon jetzt vorbereitet haben. Weil das nicht geschieht, sind die Familienunternehmer misstrauisch.

Und was dürfen wir von den ausformulierten Plänen Ihres Wunschkoalitionspartners halten? Wie wollen Sie uns die Sorge nehmen, dass am Ende der Koalitionsgespräche die Grünen sich mit einer vielleicht nur leichten Abwandlung ihres Konzeptes durchsetzen? In diesem Zusammenhang irritiert uns sehr, dass bereits viele Kommunen mit Stimmen von SPD und Grünen der Aktionsplattform „Vermögensteuer Jetzt!“ beigetreten sind und eine Vermögensbesteuerung fordern ohne ein Wort zum Betriebsvermögen zu sagen.

Zum Schluss irritiert uns sehr die Wahlkampf-Dialektik zur Agenda 2010 und zur Absenkung der Steuersätze in 2002 und 2008 durch die damalige rot-grüne Bundesregierung. Die dadurch verbesserte Dynamik im Land bildet die Basis für die jetzigen Rekordsteuereinnahmen. Dafür sind wir Ihnen nach wie vor dankbar. Wir wissen, mit der SPD kann man leben. Wir würden aber auch gern mit ihr rechnen können.

Aber als SPD wenden Sie sich gegen diese erfolgreiche Zeit: Es sind ja nicht nur die öffentlichen Äußerungen, sondern im Kompetenzteam ist einer der schärfsten Agendakritiker für das Schlüsselthema Arbeitsmarkt gesetzt, im Wahlprogramm ist die Steuerpolitik das komplette Gegenteil der SPD-Regierungspolitik von 2002 und 2008. Trotzdem verweisen Sie als SPD uns gegenüber darauf, dass Sie damals so erfolgreich waren und wir doch darauf vertrauen müssten, dass die Zukunft mit Ihnen ebenso

Seite 3  
zum Schreiben vom  
24. Juni 2013

verlaufen würde! Sie wissen, dass wir Ihnen gern glauben möchten. Aber wie passen Worte und Taten zusammen?

Nun schlagen viele Ihrer Spitzenleute immer wieder vor, dass wir aufhören mögen, öffentlich über die Vermögensteuerpläne der SPD zu diskutieren. Wir sollten ihnen vertrauen. Obwohl selbst die Fachleute Ihrer Partei uns nicht auch nur den geringsten Anhaltspunkt geben, wie eine Vermögensteuer ausgestaltet sein könnte, die Betriebsvermögen ausklammert. Aus unserer Sicht gilt hier: Das „Wie“ entscheidet.

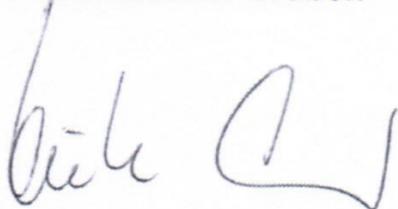
Unsere Kampagne richtet sich ja nicht gegen Sie, sondern gegen Pläne zur Vermögensbesteuerung von betrieblichem Vermögen allgemein.

Um nun die Kuh vom Eis des gegenseitigen Misstrauens zu bekommen, könnte vielleicht folgender Vorschlag uns gemeinsam helfen. Ihre bisherige Beschlusslage lautet: „Wir wollen eine Vermögensteuer, die der besonderen Situation des deutschen Mittelstands, von Personengesellschaften und Familienunternehmen, Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet.“

Bis Sie eine Lösung haben (und die ist ja objektiv schwer zu finden!), könnten Sie jenen Satz um einen Halbsatz ergänzen: „...; gelingt das nicht, gibt es mit uns auch keine Vermögensteuer.“ Das müsste kein Parteitagbeschluss sein. Eine öffentliche Erklärung Ihres Spitzengremiums, und unsere größte Sorge wäre vom Tisch.

Ich würde mich freuen, wenn viele von Ihnen nachvollziehen könnten, dass wir Familienunternehmer uns um unsere Betriebe und die Arbeitsplätze unserer Mitarbeiter sorgen. Wir wollen weiter in unsere Betriebe und damit immer auch in die Zukunft Deutschlands investieren. Und wir wollen mit einer SPD rechnen können. So viele zu anstrengenden Reformen fähige Parteien hat unser Land nicht.

Mit freundlichen Grüßen



Lutz Goebel  
Präsident DIE FAMILIENUNTERNEHMER